No. 162. — 56. Jahrgang.

Sonnabend, 4. April 1908

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Sonnenstr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Rüdersdorferstr. 31, Schiffahrtsdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Kathenowerstraße 3, Potsdamerstraße 35, Bayreuthstraße 32, Leipzigerstr. 103, Wittenbergplatz 8, Kaiserallee 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 33/34 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Hauptstraße 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berliner str. 139, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, Königschaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Und das Parlament?

In der Cassirerschen Zeitschrift „Kunst und Künstler" lesen wir in der neuesten Nummer mit Bezug auf die von uns bereits sehr eingehend behandelte Tschudi-Affäre und andere Ereignisse im preußischen Kunstleben:

„In diesen Blättern ist es oft ausgesprochen worden, was Hugo v. Tschudi unserem Kunstleben bedeutet. Vor kurzem noch konnte gezeigt werden (im Februarheft des fünften Jahrgangs), daß die Deutschen diesem Manne die Anfänge einer wahrhaft nationalen Galerie verdanken. Man mag also ermessen, mit welchen Gefühlen wir die Nachricht aufgenommen haben, dieser charaktervolle Organisator solle moralisch gezwungen werden, sein Amt niederzulegen. Lange hat eine Nachricht nicht so lebhaft ergriffen, trotzdem man abgehärtet sein könnte.

Der Groll der akademisch Rückständigen gegen Tschudi ist alt. Einflußreiche unter ihnen, die mit der Plazierung ihrer schlechten Bilder unzufrieden sind, liegen dem Kaiser, direkt oder indirekt, seit Jahren in den Ohren.

Ueber die Umstände, die nun zur Krisis geführt haben, soll heute noch nicht ausführlich gesprochen werden. Es handelt sich um nicht vorherzusehende Willensänderungen des Kaisers, die Tschudi in peinliche geschäftliche Verlegenheiten gebracht haben und denen der Minister sich in beklemmlicher Nachgiebigkeit gebeugt hat; um einen durchsichtigen diplomatischen Rat, Tschudi möge Urlaub nehmen und um andere Vorgänge dieser Art, die sich nicht sachlich, sondern höchstens bureaukratisch formalistisch rechtfertigen lassen. Endgültige Entscheidungen sind noch nicht gefallen; man schwankt hier und da noch, ob man dem Wunsche folgen soll oder der Pflicht. Wir wollen hoffen, daß man zur Besinnung kommt. Geschieht es nicht, so muß Alles gesagt werden. Die Rolle der Beteiligten ist bekannt.

Wir stehen jetzt an einer Grenze.

Bruno Pauls Stellung, die er seit wenigen Monaten erst bekleidet, gilt ebenfalls als schwer erschüttert; der Kaiser ist wütend über diese Wahl. Und Unruhe und Nervosität herrscht auch in dem Teile des Ministeriums, wo Muthesius, der Reorganisator des kunstgewerblichen Unterrichtes in Preußen, wirkt. Es will einem sogar wieder ungewiß werden, ob Messel zum Bauen der Museen überhaupt kommt; und eben erleben wir es, daß man siebzig deutsche Künstler zum besten hatte, als man ihre Vorschläge zur Umgestaltung des Brandenburger Tores einforderte, weil damals schon Ihne mit seinem kindischen Entwurf im Hintergrund als Begünstigter stand. (Auch über diese Angelegenheit haben wir uns ausführlich ausgesprochen. Red. d. V.-Ztg.) Nun kommt diese Affäre Tschudi hinzu. Und das in dem Augenblick, wo er die Vorarbeiten beendet hat, wo er daran ging, die Plastik zu reorganisieren, ein Museum der Lebenden zu gründen, und andere konkrete Pläne zum Segen der deutschen Kunst zu verwirklichen. Seine Galerie reizt schon jetzt den Neid des Auslandes; um dieser Schöpfung willen bewundern uns selbst die Franzosen. Ließe man Tschudi zehn Jahre noch an seinem Werk arbeiten, so würde es vorbildlich sein für die ganze Welt.

Nicht um eine berlinische oder preußische Angelegenheit handelt es sich hier, sondern eine alldeutsche. Unter den wirklich schöpferischen Künstlern hat die Nachricht unendlich erregend gewirkt. Und wer irgend wie ein rechtes Verhältnis zur Kunst hat, fühlt einen Grimm in sich, der gefährlich ist, weil kein Ausfluß vorhanden ist. Die Zeitungen haben begriffen, was auf dem Spiel steht mit erfreulicher Einigkeit Protest erhoben. Wenn die Regierenden noch hören können und wollen, so ist es jetzt an der Zeit. Sie haben die Pflicht dazu als Diener der Nation. Der Bürger ist es, der diese Galerie bezahlt und erhalten hat; dem gehört sie. . . . Ein Parlament, das jetzt nicht Einspruch erhebt, ist hoffnungslos. Es kann sprechen, denn hier steht endlich einmal ein Minister verantwortlich vor dem Kaiser. Verstummen die Abgeordneten auch dieses Mal, so wird die Presse und die öffentliche Meinung ihr Amt übernehmen."

Nun, die Presse hat schon ihre Pflicht getan, wie sie ja in allen wichtigen Angelegenheiten erst dem Parlament die Wege weist, dem Parlament das Material zurechtlegt. Ob nun auch — unter der verlumpenden und korrumpierenden Blockherrschaft — das Parlament seine Schuldigkeit tun wird?? Wer ist so vermessen, es mit Bestimmtheit zu erwarten?

Noch ein Protest.

Der Generalrat des Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter hat in seiner gestrigen Sitzung folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der Generalrat des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter erblickt in der von der Kommission des Reichstages beschlossenen Fassung des Reichsvereinsgesetzes keine Erfüllung berechtigter Forderungen der in Berufsorganisationen vereinigten Arbeiterschaft.

Nach dem Wortlaut des § 3a der Gesetzesvorlage in der Kommissionsfassung fallen alle Versammlungen der Arbeiterberufsorganisationen, in denen es sich um mehr als: „Erörterungen von Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter" handelt, unter den Begriff „öffentliche oder politische Versammlungen". Die Erörterung gewisser Fragen der Sozialpolitik und anderer, die nicht streng unter die Bestimmungen des § 152 der Gewerbeordnung fallen, ist aber eine absolute Notwendigkeit der Berufsvereine. Durch die jetzige Fassung des § 3a zum Reichsvereinsgesetz ist eine Fußangel für die Arbeiterberufsvereine geschaffen, die es der Polizei in die Hand gibt, alle Versammlungen der Organisationen der Arbeiter, die über den Rahmen der vorgenannten Bestimmungen hinausgehen, nach den Vorschriften für politische Versammlungen zu behandeln und demgemäß auch die Teilnahme von Arbeitern unter 18 Jahren an den Versammlungen und den Organisationen zu verhindern. Der so oft mit Recht beklagten Polizeiwillkür wird hier eine neue Tür geöffnet.

Aus denselben Gründen kann die Polizei den deutschen Reichsangehörigen, die der deutschen Sprache nicht genügend mächtig sind, um in dieser ihre Gedanken richtig zum Ausdruck bringen zu können, auch in den Versammlungen der Arbeiterorganisationen den Gebrauch ihrer Muttersprache verbieten.

Wir erachten diese Bestimmungen als eine Erschwerung der Aufgaben der Arbeiterorganisationen und als **ein Ausnahmegesetz gegen deutsche Arbeiter** und erwarten von den Reichstagsabgeordneten aller volks- und arbeiterfreundlichen Parteien, daß sie für eine gleiche Behandlung **aller** deutschen Reichsangehörigen eintreten, daß sie das freie Recht der Arbeiter, über alle sie berührenden Fragen in ihren Versammlungen **ohne Sprachenzwang** und ohne die festgesetzte Altersgrenze verhandeln zu können, gewährleisten.

Leider wird dieser berechtigte, noch in letzter Stunde erhobene Protest deutscher Arbeiter vergeblich sein. Die Blockmehrheit unter beschämend hervorragender Mitwirkung der Freisinnigen verrichtet ihre Henkerdienste so schnell, daß, vielleicht noch ehe diese Zeilen in die Hände der Leser kommen, der freisinnige Verrat unwiderruflich vollzogen ist!

Der mißlungene Generalstreik.

Der Generalstreik, der gestern in Rom infolge des am Donnerstag erfolgten blutigen Zusammenstoßes einer großen Volksmenge mit der Polizei proklamiert wurde, ist als mißlungen zu betrachten. Wir berichteten bereits, daß in der gestrigen Sitzung der italienischen Deputiertenkammer selbst von sozialistischen Rednern die Proklamierung des Generalstreiks mißbilligt worden ist. Wie heute aus Rom gemeldet wird, hat der Ausschuß der allgemeinen Arbeitervereinigung in Turin auf die Aufforderung einer Gruppe von Parlamentariern und der Leitung der sozialistischen Partei beschlossen, die Arbeiter in allen Städten Italiens zu bestimmen, sich der Teilnahme am Generalausstand zu enthalten. In Rom dürfte der Ausstand heute abend beendet sein.

Telegramme aus Genua, Neapel, Mailand und anderen italienischen Städten melden, daß sich die Arbeitskammern in allen diesen Orten in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der allgemeinen Arbeitervereinigung gegen den Generalausstand ausgesprochen haben.

Nach einer weiteren Meldung aus Rom verlassen die Fremden massenweise die Stadt. Die Hotelbesitzer sind untröstlich. Die Polizei hat weitere Verhaftungen vorgenommen. Die Arbeitsbörse kündigt für Sonntag einen großen Protestumzug an. Bürgermeister Nathan wird beim Gemeinderate Unterstützungen für die Opfer des Zusammenstoßes beantragen. Von den drei bei den Unruhen Erschossenen ist einer, der Inhaber einer Druckerei, das Opfer seiner Neugierde geworden.

„Russischer Reichspatriotismus"

heißt das Schlagwort, unter dem die russische Regierung jetzt wieder die Russifizierung der Ostseeprovinzen betreibt. Wie aus Petersburg berichtet wird, hat der Ministerpräsident Stolypin kürzlich an die Ressortchefs der Ostseeprovinzen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die Vermehrung des nationalrussischen Elementes allen Behörden zur Pflicht gemacht wird. Die offiziöse „Rossija" sagt bei der Besprechung des Rundschreibens, dieses bedeute kein Mißtrauensvotum gegen die einheimische Bevölkerung, die die Teilnahme an der Verwaltung beibehalten solle; jedoch müßten die Ostseeprovinzen wie alle Grenzländer Rußlands mit der Zentralgewalt durch Nationalrussen verbunden werden, wodurch an Stelle des Lokalpatriotismus russischer Reichspatriotismus geschaffen werde.

Es ist nicht unmöglich, daß die russische Regierung durch das Vorgehen der preußischen Regierung gegen die Polen zur Wiederaufnahme der Russifizierungsarbeit veranlaßt worden ist. Unsere Alldeutschen werden sich natürlich über diese Maßnahmen der russischen Regierung auf das tiefste entrüsten, da durch sie die deutschredende Bevölkerung in den Ostseeprovinzen auf das empfindlichste betroffen wird. Den alldeutschen Fanatikern kommt aber dabei nicht im entferntesten der Gedanke, daß die russische Regierung in ihrem Lande nur das tut, was sie selbst in Deutschland gegenüber den Polen und gegenüber den anderen nichtdeutschen Elementen verlangen.

Die Mittelmeerfahrt des Kaisers.

Nach einem Telegramm aus Syrakus ist die „Hohenzollern" mit dem deutschen Kaiserpaar an Bord in Begleitung des Kreuzers „Hamburg", des Depeschenbootes „Steinwer" und des italienischen Panzers „Varese" heute früh 7½ Uhr nach Messina in See gegangen.

Bezüglich des Besuches am Wiener Hofe verlautet jetzt, daß der Kaiser und die Kaiserin wahrscheinlich im ersten Drittel des Monats Mai von Triest aus über Wien heimkehren werden, um, falls es mit den Dispositionen des Kaisers Franz Josef übereinstimmen würde, diesem ihre Gratulationen zu seinem Jubiläum auszusprechen, aber nicht im Rahmen eines offiziellen Staatsbesuches, sondern in vertraulicher, freundschaftlicher Begrüßung.

Die Auszahlung der Teuerungszulagen.

Wie offiziös verlautet, sind alle Vorbereitungen getroffen, um die Teuerungszulagen unmittelbar nach der Verabschiedung des Nachtragsetats durch den Landtag, die vor Ostern zu erwarten steht, an die Beamten- und Lehrerschaft zur Auszahlung zu bringen.

Die besorgten Frauen.

An den Bundesrat hat der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht das Gesuch gerichtet, eine allgemeine Verfügung zum Wahlrecht zu erlassen, daß bei der Abhaltung von Wahlen im Reiche die Wahllokale nirgends in Gastwirtschaften zu verlegen sind, sondern daß dafür Räumlichkeiten in städtischen und kommunalen Gebäuden oder in Privathäusern, in denen kein Ausschank von Spirituosen gestattet ist, bereitzustellen sind. In der Begründung wird auf die Gefahr hingewiesen, daß die ohnehin erregten Wähler im Uebermaß alkoholische Getränke genießen, und daß fast bei jedem Wahlakt im Wahllokal selbst, in der Gaststube und vor dem Lokal die unwürdigsten Szenen sich abspielen. (?) Wiederholt seien die Wähler in trunkenem Zustande an der Urne erschienen. Der Staat habe die Pflicht, solchem Treiben wirksam vorzubeugen. Wäre es da nicht einfacher, wenn solche Männer, die gern eins über den Durst trinken, unter persönlicher Aufsicht ihrer Frauen den Wahlakt vollzogen?

Eine Riesenaussperrung in Paris.

Nach einer Meldung aus Paris hat das Syndikat der Unternehmer im Maurer- und Steinmetzgewerbe beschlossen, von heute abend an die bei den Syndikatsmitgliedern beschäftigten Arbeiter auszusperren. Die Aussperrung beginnt um sechs Uhr. Von dieser Stunde an sind bis auf weiteres gegen fünfzigtausend Arbeiter dieser Gewerbe brotlos. Es ist möglich, daß sich auch die anderen Berufsvereinigungen des Baugewerbes der Aussperrung anschließen; in diesem Falle würden zweihunderttausend Arbeiter ohne Verdienst bleiben. Die Arbeitgeber erklären, daß sie die Forderungen der Arbeiter, über die seit drei Wochen verhandelt wird, nicht bewilligen könnten und so zu der Aussperrung gezwungen seien.

Ein seltsames Dementi

wird von der russisch-offiziösen „Petersburger Telegraphenagentur" verbreitet. Darin werden die kürzlich verbreiteten Nachrichten über Matrosenrevolten im Schwarzen Meer und Wladiwostok als unwahr bezeichnet. Meutereien seien weder ausgebrochen, noch sei eine Vorbereitung von Meutereien entdeckt worden. Die kürzlich in Petersburg vorgenommenen Haussuchungen und Verhaftungen hätten sich im Rahmen gewöhnlicher polizeilicher Sicherheitsmaßregeln (!) gehalten. Es sei keinerlei aufrührerische Organisation unter den Soldaten entdeckt worden.

In den hier dementierten Meldungen wurde die Zahl der in Petersburg vorgenommenen Verhaftungen auf mehrere Hundert beziffert. Da diese Angaben nicht bestritten werden, so erscheint es wenig glaublich, daß sich die Massenverhaftungen im „Rahmen gewöhnlicher polizeilicher Sicherheitsmaßregeln" gehalten haben sollen.

Die Gefährlichkeit der marokkanischen Gewässer

wird wieder einmal durch eine Meldung illustriert, die der französische Geschäftsträger in Tanger nach Paris gesandt hat. In ihr wird berichtet, daß nach Angaben von Eingeborenen ein französisches und ein englisches Schiff um Mitternacht vom 2. zum 3. April an der Küste westlich Asfar el Kebir gestrandet sind. Ueber den Zustand der Schiffe war nichts bekannt. Die Eingeborenen scheinen keine feindlichen Maßnahmen getroffen zu haben. Von Tanger ist Hilfe unterwegs.

Ein neuer Konflikt in Zentralamerika.

Nach einem Telegramm, das dem New-Yorker Blatte „Evening Sun" aus Washington zugegangen ist, soll Panama sich wegen eines mit Columbia drohenden Rechtsstreites mit der Bitte um Unterstützung an die Vereinigten Staaten gewendet haben. Dieser Streit sei durch die Besetzung des nahe der Grenze gelegenen Ortes Jurado durch Columbianer heraufbeschworen worden. Es wird erklärt, daß das amerikanische Staatsdepartement die Frage in Erwägung ziehen werde.

Den Vereinigten Staaten, die namentlich mit Rücksicht auf den Panama-Kanal längst die Absicht hegen, sich in Zentralamerika festzusetzen, wird das Ersuchen Panamas sehr willkommen sein.

Brüssel, 3. April. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer wies Ministerpräsident Schollaert auf die Notwendigkeit hin, die **Kongofrage**, die lange genug auf den Geschicken des Landes gelastet habe, zum Abschluß zu bringen. Mehrfach von heftigen Zwischenrufen unterbrochen, appellierte Schollaert an den Patriotismus und die Besonnenheit aller Mitglieder des Hauses und schlug vor, mit der Diskussion des Angliederungsvertrages und des Kolonialgesetzes am Mittwoch zu beginnen. Dieser Antrag wurde von mehreren Mitgliedern der Linken heftig bekämpft. Nachdem schließlich der Ministerpräsident sich damit einverstanden erklärt hatte, daß die Debatten über die Kongofrage am 15. April beginnen sollten, faßt die Kammer dementsprechendes Beschluß. Die Sitzung verlief äußerst erregt.

Madrid, 3. April. In der heutigen Sitzung des **Senates** sprach der frühere demokratische Minister Davilla über die katalanische Frage und sagte, es bestünden geheime Beziehungen zwischen dem Terrorismus und dem Separatismus. Es sei deshalb nicht verwunderlich, wenn man in gewissen Parteikreisen es für möglich halte, daß eine Uebereinstimmung herrsche zwischen den Bombenwerfern und jenen Leuten, welche daran arbeiten, den Zentralorganismus zu schwächen.

Konstantinopel, 3. April. Nach dem heutigen Selamik wurde der deutsche Botschafter **v. Marschall** vom Sultan in Audienz empfangen.

Montevideo, 4. April. Der **Ausstand** der Eisenbahnbeamten ist beigelegt.